

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

e-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

30. Januar 2014

Pressemitteilung

Grün-rote Polarisierungs-Strategie ist für das Bildungswesen desaströs Bildungspolitik des Landes muss wieder der Landesverfassung und dem Schulgesetz verpflichtet sein

Die Reaktionen der Landesregierung von Baden-Württemberg auf die öffentliche Kritik an den von ihr geplanten neuen Bildungsplänen und deren Leitprinzipien haben gezeigt, dass sie nicht darum bemüht ist, konsensorientiert zu handeln. Statt dessen betreibt sie Klientelpolitik, die immer wieder dazu führt, dass ihre Politik provoziert und polarisiert, anstatt nach Lösungen zu suchen, die für alle Bürger des Landes tragbar sind.

Im Bildungsbereich wirkt sich eine solche Politik besonders desaströs aus, sind ihr doch alle Eltern und Kinder, Lehrer, ja, alle Bürger des Landes mehr oder weniger unmittelbar ausgesetzt; auch diejenigen, die keine grün-rote Weltanschauung teilen.

In ihrem Leitartikel für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 24. Januar hat *Heike Schmoll* dargelegt, dass die bisherigen Überlegungen der Landesregierung für die neuen Bildungspläne mehr einem Parteiprogramm als einem für alle Bürger akzeptablen Bildungsprogramm gleichen. Mit dem «Kompetenz»-Konzept der Bildungspläne sollen Gesinnungen erzwungen werden, die parteilich sind. Es droht ein nicht zu rechtfertigender Übergriff in die Privatsphäre der Schülerinnen und Schüler.

Zu Recht haben die Kirchen des Landes und die Opposition im Landtag darauf hingewiesen, dass die Werteorientierung für die Schulen des Landes in der Landesverfassung und im Schulgesetz vorgegeben ist und dass die Landesregierung nicht dazu befugt ist, diese Werteordnung durch ihre Ideologie zu ersetzen.

Die Politik der Landesregierung hat bislang zur Folge, dass alle bisherigen bildungspolitischen Projekte der Landesregierung mehrheitlich abgelehnt werden. Dies hat erneut die von der Opposition in Auftrag gegebene Studie (http://fraktion.cdu-bw.de/fileadmin/user_upload/infothek/Bildung/2014-01-21-Umfrage-Realschule.pdf) zum Urteil der Bürger über die verschiedenen Schularten des Landes und insbesondere über die Realschule gezeigt. Die Realschule, die nach dem Zwei-Säulen-Modell der Landesregierung (nur noch Gymnasium und Gemeinschaftsschule) ein Auslaufmodell sein soll, wird von den Bürgern des Landes gegenüber dem grün-roten Lieblings-Projekt Gemeinschaftsschule nach wie vor eindeutig bevorzugt.

Die mit dieser Politik einhergehende Verunsicherung hat aber auch dazu geführt, dass bislang viel zu wenig darüber nachgedacht und diskutiert wird, welche nächsten Schritte in unseren Schulen tatsächlich notwendig sind, um die Bildung der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg zu verbessern. Hier nämlich liegt tatsächlich einiges im Argen.

Im Unterschied zu seiner Amtsvorgängerin, die ganz offen polarisiert hat, präsentiert sich der amtierende Kultusminister mit einer fragwürdigen Doppelstrategie. Einerseits führt er die Polarisierung seiner Vorgängerin linientreu fort und attackiert dabei heftig und aggressiv diejenigen, die mit seiner Politik nicht einverstanden sind. Andererseits tut er so, als sei er werteorientiert, gemäßigt sowie um Ausgleich und Kompromiss bemüht. Man sollte diesem Vorgehen den Namen Double-Bind-Strategie geben.